



Foto: Bild: SN/APA/THEMENBILD/HELMUT FOHRINGER

Wo sind mit einer Föderalismusreform rasche Einsparungen möglich?

Kostenexplosion, Spitalsstandorte, Bildung – Föderalismus wird zur Schicksalsfrage für die Regierung

Bis Ende des Jahres will sich die Reformpartnerschaft von Bund und Ländern auf eine Reform des Föderalismus einigen. Gelingt das? Ein Experte sieht mit dieser Frage das Schicksal der Regierung verknüpft.

Als eine ihrer größten Aufgaben hat sich die Dreierkoalition eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgenommen. Über den Stand der Dinge sprachen die SN mit dem Verfassungsrechtler und Föderalismusexperten Peter Bußjäger.

Herr Professor, glauben Sie, dass es Bund und Länder schaffen, bis Jahresende mit ihrer Reformpartnerschaft zu einem Erfolg in Sachen Föderalismusreform zu kommen?

Peter Bußjäger: Die Regierung ist da doppelt unter Druck: Einerseits besteht eine extreme Sparnotwendigkeit. Andererseits spricht sie selbst dauernd von den großen Reformen, die sie vorhat, und verweist ständig auf die Reformpartnerschaft. Das heißt, sie muss bis Ende des Jahres etwas Substanzielles vorweisen, das über kosmetische Veränderungen hinausgeht. Wenn ihr das nicht gelingt, hat sie, glaube ich, ein größeres

Problem. Denn 2027 finden Landtagswahlen in Oberösterreich statt. Und ich denke, dass deren Ausgang für den Fortbestand der Bundesregierung sehr wichtig sein wird.

Stichwort Sparnotwendigkeit: Sind mit einer Föderalismusreform rasche Einsparungen möglich?

Nein. Das schnelle Geld ist nur bei den Förderungen zu machen: Eine Förderung kann man von heute auf morgen streichen und hat damit Geld gespart. Man muss halt bedenken, was die Streichung der Förderung bewirkt. Eine bessere Abstimmung der verschiedenen Förderungen ist sicher wünschenswert, aber ob sich da im Rahmen der Reformpartnerschaft jemand darum kümmert, weiß ich nicht. Ich bin da skeptisch. Der Reparaturbonus wurde gestrichen und kommt jetzt unter einem anderen Titel wieder daher ...



Bild: SN/Guenther PEROUTKA/WirtschaftsBlatt/picturedesk.com

Föderalismus-Experte Peter Bußjäger.

Man hat den Eindruck, dass die bisherige Einheitsfront der Länder gegen den Bund angesichts des enormen Spardrucks jetzt Risse bekommt. Sehen Sie das auch?

Ja und nein. Gerade im Gesundheitswesen werden unterschiedliche Interessenlagen sichtbar – man denke an den Gastpatientenstreit zwischen Niederösterreich und Wien. Die wiederbelebte Westachse von Tirol und Vorarlberg versucht mit einem eigenen Reformvorschlag, den Bund ein wenig unter Druck zu setzen. Die Salzburger Landeshauptfrau hat sich mit einem sehr einprägsamen Vorschlag – der Bund nimmt die

Spitäler, die Länder nehmen die Schulen – profiliert. Also da gibt es schon gewisse Unterschiede.

Das ist verhandlungstechnisch gut für den Bund, oder?

Na ja, andererseits hat man bei den Verhandlungen über den Stabilitätspakt gesehen, dass die Länder sehr wohl geschlossen aufgetreten sind und vom Bund mehr Geld gefordert haben ...

Und auch bekommen haben ...

Ja, oder zumindest nicht weniger, wie es der Finanzminister gerne gesehen hätte. Also da hat die Länderfront schon gehalten. Und ich glaube, das wird auch bei den Verhandlungen in der Reformpartnerschaft so sein. Jetzt sind wir in einer Phase, in der jeder seine Reformvorschläge hinausposaunt. Aber spannend wird es, wenn es dann wirklich ans Verhandeln geht. Da werden die Länder dann schon bemüht sein, geeint aufzutreten.

Was wiederum schlecht für den Bund wäre.

Der Bund wird immer versuchen, die geschlossene Länderfront aufzubrechen und irgendein Land auf seine Seite zu ziehen. Es wird interessant sein zu beobachten, ob ihm das gelingt.

Die FPÖ steht in mehreren Bundesländern vor dem Sprung auf den Landeshauptmannsessel. Was würde das für das Verhältnis Bund – Länder bedeuten?

Ich sehe die FPÖ nicht als klassisch föderalistische Partei. Sie ist da pragmatisch und hält den Föderalismus dort hoch, wo es in ihrem Interesse liegt. Das sieht man auch am Landeshauptmann der Steiermark, der sich als pragmatischer Föderalist darstellt. Es scheint ihm damit zu gelingen, in die Rolle des Landesvaters zu schlüpfen.

Und wenn er FPÖ-Kollegen in der Landeshauptleutekonferenz bekäme?

Natürlich würden die Karten in ganz Österreich neu gemischt, wenn auch Oberösterreich einen blauen Landeshauptmann bekäme. Das würde für gewaltige Umbrüche sorgen. Es würde die Bundesregierung – oder zumindest den ÖVP-Chef – gefährden. Und es würde im Föderalismus eine tripolare Ordnung von schwarzen, roten und blauen Bundesländergruppen schaffen. Was verschärfte Konflikte mit der Bundesregierung bedeuten würde, in der die FPÖ ja nicht vertreten ist.

Sie haben den Vorschlag von Landeshauptfrau Karoline Edtstadler angesprochen, die Gesundheitsagenden im Abtausch gegen die Bildung dem Bund zu übertragen. Was halten Sie davon?

In Sachen Gesundheit muss man drei Aspekte auseinanderhalten: Wer trifft die gesetzlichen Regelungen? Wie sieht die Finanzierung aus? Und wer entscheidet über die Spitäler?

Fangen wir mit der Finanzierung an. Was muss da geschehen?

Zum einen ist die Kostenexplosion durch die alternde Bevölkerung bedingt. Diese demografischen Faktoren lassen sich nicht beeinflussen. Aber man muss die Finanzierungsstrukturen angehen und die Abstimmung zwischen dem Bereich der niedergelassenen Ärzte und den Spitalern verbessern. Solange der eine Bereich Interesse daran hat, Kosten in den jeweils anderen Bereich zu verschieben, wird sich das Finanzproblem nicht abschwächen.

Besonders brisant ist in den Ländern die Frage der Spitalsstandorte. Was muss da geschehen?

GesundheitsökonomInnen sagen, Österreich habe zu viele kleine Spitäler. Wobei die Pandemie gezeigt hat, dass eine dezentralisierte Gesundheitsversorgung nicht so schlecht ist! Aber einleuchtend ist, dass die vielen kleinen Spitäler nicht alles anbieten können. Da muss man Schwerpunkte bilden.

Was die betroffene Bevölkerung aber nicht will.

Nein, die will verständlicherweise alles direkt vor Ort haben. Da steht die Landespolitik unter enormem Druck, und wenn sie das nicht liefern kann, gibt es entsprechende Wahlergebnisse, siehe Steiermark. Möglicherweise wäre es hier also sinnvoll, die Rolle des Bundes zu stärken.

Weil der weiter weg ist und Spitäler leichter zusperrt kann?

Genau. Dass der Bund hier ganz allein durchregiert, würde ich aber auch kritisch sehen, denn die Länder würden sich damit aus einem für die Menschen ganz wesentlichen Politikfeld verabschieden. Das heißt, es muss die Rolle des Bundes gestärkt werden, gleichzeitig sollte aber eine Einbindung der Länder in die Entscheidungsmechanismen betreffend die Spitalsstandorte sichergestellt sein. Es wird spannend, welche Lösung da gefunden wird.